

1/2004
März/April/
Mai

ZEITSCHRIFT DER AUSLÄNDERBEAUFTRAGTEN DES LANDES NIEDERSACHSEN H 5957



M E H R
H E I T E N

BETRIFFT

M I N D E R
H E I T E N

**Pluralismus:
Verloren
in der Vielfalt?**



Pluralismus: Verloren in der Vielfalt?

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland ist eine „plurale“ Gesellschaft, heißt es doch immer. Wie wahr, denn Deutschland ist auch ein Einwanderungsland – und da kommen viele unterschiedliche Menschen, Herkünfte, Weltanschauungen, Religionen, Lebens- und Familienformen zusammen. Und auch die Deutschen selbst sind ja ein durchaus heterogenes Völkchen.

Wer also von der modernen pluralistischen Gesellschaft spricht, beschreibt einen Zustand und Prozess zugleich. Doch beides birgt nicht nur Chancen, sondern auch Probleme. „Zu Risiken und Nebenwirkungen befragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“, wäre man geneigt zu sagen. Aber wo liegen die Risiken und Nebenwirkungen des Pluralismus in der hiesigen Gesellschaft? Und wen soll man dazu tatsächlich befragen?

Diese Ausgabe von *Betrifft* hat für das Schwerpunktthema Prof. Heinrich Kupffer um Klärung gebeten: Was ist eigentlich „Pluralismus“, wo zeigt er sich und wie ist es um seine „Nebenwirkungen“ bestellt? Nachdem sich der Leser so einen grundsätzlichen Durchblick verschafft hat, kann er dann in den Niederungen einzelner gesellschaftlicher Bereiche schürfen.

Dort

- schaut Dr. Andreas Borchers nach, ob und wie der Pluralismus die Familien in Deutschland im (Würge)Griff hat;
- beschäftigen sich Agnes Koller, Karl-Heinz Heinemann und Swaantje Düsenberg mit dem Pluralismus rund um die Schule;
- hat Doris Bonkowski in Braunschweiger Stadtteilen nach pluralen Spuren gesucht;
- stellt Prof. Gazi Caglar unbequeme Fragen nach der religiösen Vielfalt;
- befasst sich Swaantje Düsenberg mit individuellen Wahrnehmungs- und Reaktionsformen.

Auf ein Wort

Im Auge behalten

von Daniel Brömme..... 3

Thema

Mehr als ein Zustand

von Heinrich Kupffer..... 4

Heilloses Durcheinander?

von Andreas Borchers..... 6

Rotstift gegen Lernerfolg

von Agnes Koller..... 8

„Schafft er es?“

von Karl-Heinz Heinemann..... 10

„Kaum Zeit“

von Swaantje Düsenberg..... 11

Keine Angst vor Nachbarn

von Doris Bonkowski..... 12

Halbierte Moderne

von Gazi Caglar..... 14

Nase vorn

von Swaantje Düsenberg..... 16

Forum

1. Migrationskonferenz: Grundbaustein für's Leben

von Bianka Harms..... 18

Portrait: Ahmet Güler

von Rena Bürger..... 19

Kinder: Fit in Deutsch

von Gabriele Grosser..... 20

Nachrichten..... 22

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin (ViSDP) und Redaktionsanschrift: Niedersächsisches Ministerium für

Inneres und Sport (MI) - Ausländerbeauftragte - Postfach 221, 30002 Hannover

Ansprechpartnerin für *Betrifft* im MI: Liza Yavsan, Tel: (0511) 120-4865, E-Mail: liza.yavsan@mi.niedersachsen.de

Redaktion: Swaantje Düsenberg (Geschäftsführende Redakteurin), Gabriele Erpenbeck, Anette Hoppenrath, Dieter Schwulera, Liza Yavsan

Titelfoto: M. Katerina Agsten

Gestaltung: Hoch Zwei - Design, Hannover · **Druck:** Sponholtz, Hannover

Vertrieb: Lettershop Brendler GmbH, Laatzen

Erscheinungsweise: jeweils Ende März, Juni, September, Dezember

Bezugspreis: Die Zeitschrift kann gegen einen Kostenbeitrag (Einzel exemplar 2 EURO inkl. Versandkosten) bezogen werden.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Herausgeberin (wird gern erteilt). Alle Rechte vorbehalten.

© Die Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeberin und der Redaktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung; im Falle eines Abdrucks kann die Redaktion Kürzungen

ohne Absprache vornehmen. *Betrifft* wird auf chlorfrei gebleichtem Material gedruckt: ISSN 0941-6447

Im Auge behalten

Wieviel Macht hat der Vermittlungsausschuss?

von Daniel Brömme

Der Wanderfreude meiner schwedischen Vorfahren habe ich es zu verdanken, dass ich mir um ein im Vermittlungsausschuss hängendes mögliches Zuwanderungsgesetz keine Sorgen machen muss. Zumindest was meine eigene Zukunft angeht. Aber ich bin eben auch kein Migrant. Denen geht der Vermittlungsausschuss bestimmt ganz schön an die Nieren, vermute ich mal.

Man muss sich doch fragen, wieso zukunftsweisende Gesetze eigentlich überhaupt im Vermittlungsausschuss landen und sich in diesem kleinen Gremium so viel Macht konzentriert. Hat die politische Elite unserer Parlamente keine Entscheidungscourage? Oder denkt sie vielleicht bei einem Gesetzentwurf den Vermittlungsausschuss gleich mit nach dem Motto: In diesem Punkt geben wir sowieso nach, damit jener Punkt durchkommt?

Von jemandem, der sich einbürgern lassen will, wird auch ein gewisses Maß an politischer Bildung verlangt. Da könnten einige „Eingeborene“ unseres Landes ja froh sein, bereits einen deutschen Pass zu besitzen. Oder wissen alle, wie ein Gesetzesentwurf rechtskräftig wird?

Ein ausgebrüteter Entwurf kann aus verschiedenen Richtungen seinen Weg in den Bundestag finden. In drei Lesungen wird dann der Paragraphendschungel diskutiert. Stehen wir nicht gerade vor Landtagswahlen, wird sogar themenbezogen argumentiert. Aber nur dann. Beobachten kann man dieses Schauspiel oft im Fernsehen. Was wir dann häufig sehen, sind müde Politiker, die gedanklich nicht selten durch Abwesenheit glänzen. Das kann ich als Student natürlich nachvollziehen, schaue ich doch in Vorlesungen auch oft lieber aus dem Fenster und sage mir im Hinblick aufs Lernen für die Klausuren in freier Variante: „Was du morgen kannst besorgen, das musst du nicht schon heute tun“. Das denken wohl auch einige Abgeordnete im Bundestag und verweisen nach Uneinigkeit auf den Vermittlungsausschuss, der die Querelen zwischen Bundestag und Bundesrat zu einem Konsens führen soll.

Haben einzelne Abgeordneten erst einmal bemerkt, dass sie selbst zu den 32 Mitgliedern des Vermittlungsausschusses gehören, sind ihre spontanen Schuldzuweisungen über die Gründe des Scheiterns eines Gesetzes unterein-

ander so nützlich wie eine rege mündliche Beteiligung in der letzten Schulstunde vor Ausgabe der Zeugnisnoten. Wie dem auch sei – im Vermittlungsausschuss raucht es dann über den Köpfen, was allerdings nicht einer Friedenspfeife zuzuschreiben ist. Vielmehr hat man anscheinend noch die guten Wünsche der väterlichen Parteifreunde im Ohr, die zufällig gerade am alles entscheidenden Morgen durchs Telefon kamen. Nun feilscht man um Zugeständnisse in der Befürchtung, bei anderen „Gesetzespaketen“ draufzahlen zu müssen.

Letztendlich basteln im Vermittlungsausschuss nur diese 32 gewählten Volksvertreter an einem Einigungsvorschlag für ein Gesetz, das von den Mitgliedern des Bundestages und Bundesrates dann nur noch abgenickt oder auch – eher theoretisch – verworfen werden wird.

Eigentlich erschreckend, dass in dieser kleinen Runde so viel Macht steckt. Bleibt nur zu hoffen, dass die Mitglieder den Sinn eines jeden Gesetzes nicht aus den Augen verlieren. Aber was das angeht – ich bleibe zuversichtlich. Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

*Daniel Brömme
Student der Sozialpädagogik
Hildesheim
z.Zt. Praktikant in Oldenburg*



Pluralismus:

Mehr als ein Zustand

von Heinrich Kupffer

Was eigentlich Pluralismus „ist“, kann niemand schlüssig definieren, denn wir bezeichnen damit nicht ein konkretes System oder eine feste Form des Zusammenlebens. Pluralismus ist ein Begriff aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften, der eine generelle Strömung, eine mentale Grundhaltung, ein politisches Klima anzeigen will. Daher wird er vor allem in den Medien gebraucht.

Pluralismus bewegt sich im Umfeld ähnlicher allgemeiner Begriffe wie Toleranz, Freiheit, Offenheit. Sie alle entziehen sich einer verbindlichen Bestimmung, weil auch jede denkbare Interpretation und praktische Handhabung eben „offen“ bleibt. Wenn schon keine Definition möglich ist, so können wir uns doch dem Sinn dieses Begriffs nähern, indem wir fragen, was Pluralismus sicherlich *nicht* ist. Pluralismus ist nämlich nicht: Chaos, Beliebigkeit, Anarchie, wo jede Gruppe nur ihr spezielles Interesse vertritt und damit die Gesellschaft in den Nihilismus treibt. Pluralismus ist auch nicht die absolute Gleichstellung aller Beteiligten, wo keiner dem anderen etwas sagen darf, so als gäbe es keine Hierarchien, keine Experten, keine Träger von Verantwortung. Und schließlich ist Pluralismus keineswegs die generelle Einebnung aller „Werte“, herrscht doch in unseren Breiten immerhin Konsens darüber, dass Faschismus, Unterdrückung, Gewalt, Ausbeutung nicht sein sollen und Weltanschauungen, die dergleichen begünstigen, abzulehnen sind.

Ordnung und Vielfalt

Daraus ergibt sich, dass man von Pluralismus sinnvoll nur sprechen kann, wenn in allgemeinen Grundfragen Ei-

nigkeit besteht. Pluralismus heißt dann ungefähr dies: es gibt legitimerweise unterschiedliche Interessengruppen, ethnische Gepflogenheiten, religiöse und weltanschauliche Bindungen, aber diese gehören alle zu einer Gesellschaft, deren Rahmenbedingungen sie akzeptieren. Der Pluralismus eröffnet also einen weiteren Spielraum für mehrere Lebensgestaltungen, findet aber seine Grenzen in der für alle gültigen Ordnung und ist damit selbst ein Ordnungsprinzip.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat sich das pluralistische Denken ausgeweitet. Mit der wachsenden „Globalisierung“ wurde der Begriff Pluralismus auf vielfältige Phänomene anwendbar: Zwar nach wie vor im Sinne mehrerer, teils gegenwärtiger Interessen; dann aber zunehmend auch als Problem des gesellschaftlichen Lebens mit vielen Ausländern, die wieder untereinander verschieden sind; ferner als Abbau herkömmlicher Grundsätze und verbindlicher Werte wie etwa Vaterlandsliebe, Sparsamkeit, Heimmattreue; darüber hinaus als Ausbreitung einer neuen Vielfalt von Lebenskonzepten, Umgangsformen und sozialen Bindungen, verknüpft mit divergierenden Vorstellungen von Kultur, Bildung und überhaupt von allem,

was den Menschen in ihrem Leben wichtig ist. Überall gibt es nicht nur eine einzige „richtige“ Form, sondern viele mögliche – und man muss stets darauf gefasst sein, Mitmenschen zu begegnen, die von völlig anderen Prämissen ausgehen als man selbst.

Multi-kulti genügt nicht

Ein lebendiges Beispiel für den Umgang mit dem Pluralismus, das uns täglich vor Augen steht und uns herausfordern müsste, ist das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern. Hier gibt es eine ernst zu nehmende Grundfrage, die möglichst ohne Vorurteile und unerleuchtete Parteinahme gestellt und diskutiert werden sollte: Wo müssen und dürfen wir eine intensivere Integration verlangen, was dürfen und müssen wir tolerieren und sich selbst überlassen?

Gerade in dieser Frage sind die Deutschen unsicher. Nach 1945 hat man ihnen eingeschärft, dass sie andere Völker nicht schlecht behandeln dürfen. Weil sich aber ihr autoritäres Denken in Restbeständen erhalten hat, wussten sie nicht so recht, wie sie mit den vielen ins Land drängenden Migranten umgehen sollten. Diese Unsicherheit, gepaart mit dem guten Willen, auch hier keine Fehler zu machen, drückt-

sich aus in den rührenden Multi-kulti-Veranstaltungen, wo man sich bemühte, den Ausländern nicht weh zu tun und Sympathie entgegenzubringen. Das war gut gemeint und sicherlich meist subjektiv redlich, vernebelte aber das eigentliche Problem, welche Forderungen man an sie richten darf, was man ihnen zu deren Erfüllung anbieten sollte, wie man sich also zu der Tatsache verhält, dass sie hier sind und einen gesellschaftlichen Faktor darstellen.

es um ihre eigene religiöse Bindung und deren Öffentlichkeitsbezug bestellt ist.

Öffnung beginnt im Kopf

Wollen wir uns nicht im Gestrüpp des alltäglichen Schlagabtauschs verfangen, sondern wirklich vorankommen, so empfiehlt sich folgende Überlegung:

Wenn es uns Deutschen mit dem Pluralismus ernst ist und wir ihn wirklich als einen Ordnungsfaktor ansehen,

kontraproduktives und letztlich gleichgültiges Gewähren lassen erschwert nicht nur die Integrationsbemühungen, sondern zeigt auch, dass wir unseren eigenen Pluralismus nicht verstanden haben.

Falls muslimische Teilgruppen der Migranten-Population noch weiter ins Abseits geraten und sich dabei auch von radikalen religiösen Tendenzen nicht distanzieren, könnte das dazu führen, dass die deutsche öffentliche



Foto: 35d

„Pluralismus ist auch eine politische, soziale und geistige Verpflichtung.“

Solche Erwägungen müssten praktische Konsequenzen haben. Zum Beispiel kann man nicht übersehen, dass nur ein Teil der „türkischen Mitbürger“ wirklich integriert ist. Viele andere ziehen sich, vor allem in den großstädtischen Vierteln, immer mehr auf eine in sich geschlossene Lebensform zurück, die selbst von ihren eigenen, gelegentlich aus Istanbul anreisenden Landsleuten als rückständig empfunden wird. Hinzu kommt eine wachsende Präsenz des Islam, der vielen Ausländern hier als Identitätsquelle dient. Mit diesem Phänomen können die Deutschen nur schwer zurecht kommen. Sie streiten sich um die leidige „Kopftuch-Frage“, aber das ist ein Gefecht auf einem Nebenkampfbühnenplatz, das die Deutschen untereinander austragen. Es geht ihnen im Grunde darum, wie

dann müssen wir daran interessiert sein, dass alle teilnehmenden Gruppen und Populationen, gerade auch die Muslime, sozusagen auf eine gemeinsame Ebene kommen. Das bedeutet für uns Deutsche die Aufgabe, nicht nur selber pluralistisch zu denken, sondern auch den bei uns lebenden Ausländern eben diesen Pluralismus anzubieten; sie also ernst zu nehmen und nicht als Exoten teils zu hätscheln, teils zu ignorieren.

Folglich dürfen wir sie aus Achtung vor ihnen nicht in ihrem vorpluralistischen Status festhalten. Damit täten wir ihnen Unrecht und nähmen es hin, dass viele ausländische Jugendliche keinen Schulabschluss, keine Ausbildung, keine Arbeit, keine Perspektive haben. Zu viel wohlwollendes, aber

Meinung Abneigungen und Misstrauen verallgemeinernd auf alle Muslime fokussiert. Darüber hinaus ergibt sich der Appell an uns Deutsche, diese Abschottung nicht hinzunehmen, sondern die Ausländer hier als Bestandteile der pluralistischen Gesellschaft anzuerkennen.

Pluralismus ist demnach nicht nur ein „Zustand“, sondern auch eine politische, soziale und geistige Verpflichtung, weder die hier lebenden und neu hereinströmenden Migranten noch uns selbst zu unterfordern.

*Prof. Dr. Heinrich Kupffer
Pädagoge, Berlin*



Familien:

Heilloses Durcheinander?

von Andreas Borchers

Unter Pluralismus versteht man allgemein das Nebeneinander verschiedener Ordnungsprinzipien und Wertesysteme. In diesem Sinne ist - und war! - Familie schon immer plural.

Etwa ab 1980 gelangte die Pluralisierung der Lebensformen in die öffentliche Debatte. Alte Sichtweisen (z.B. „vollständige Familie“) wurden abgelöst von neuen Begriffen wie „postmoderne Familie“ und „neue Unübersichtlichkeit“. Viele sahen schon das „Ende der Familie“ gekommen. Zwar wurde dieser Einschätzung vehement widersprochen, aber dennoch wuchs generell die Unklarheit darüber, was Familienleben eigentlich ausmache. Wie erklärt sich diese Unbestimmtheit? Zum einen damit, dass Familie aus unterschiedlichen Blickwinkeln auch sehr verschieden wahrgenommen wird. Zum anderen können die 'faktische' und die 'gefühlte' Familie vollkommen auseinanderklaffen. Dazu drei Schlaglichter:

Jeder kennt Familie aus dem eigenen Aufwachen und dem Alltag. Dies kann das Verständnis positiv oder auch kritisch wie etwa bei Kurt Tucholski prägen: „Die Familie (familia domestica communis, die gemeine Hausfamilie) kommt in Mitteleuropa wild vor und verharrt gewöhnlich in diesem Zu-

stande. Sie besteht aus einer Ansammlung vieler Menschen verschiedenen Geschlechts, die ihre Hauptaufgabe darin erblicken, ihre Nasen in deine Angelegenheiten zu stecken. Wenn die Familie größeren Umfang erreicht hat, nennt man sie 'Verwandtschaft'.“

Andere übernehmen traditionelle Sichtweisen: Familie als ausschließliche Gemeinschaft von Eltern und ihren minderjährigen Kindern, die in einem Haushalt zusammenleben. Heute weiß man, dass das Familienleben schon im 18. und 19. Jahrhundert vielfältiger – eben „pluraler“ – und anders war. Dieses eingeschränkte Familienbild verliert aber an Bedeutung. Inzwischen gelten z.B. allein Erziehende mit ihren Kindern ebenfalls als Familien. Die Vielfalt wird eher wahrgenommen. Und tatsächlich entstehen angesichts zunehmender Scheidungs- und Trennungszahlen, neuer Partnerschaften und Wiederheirat komplizierte soziale Familien-Netzwerke.

Viele empfinden die familialen Lebensformen als unübersichtlich. Dieser Ein-



Foto: asd

druck kann dann leicht entstehen, wenn man nur auf bestimmte Gruppen blickt (etwa auf sozialarbeiterisch unterstützte Familien in sozial belasteten Stadtteilen) und diese Eindrücke dann verallgemeinert. Dabei wird die Pluralität allerdings überschätzt. Die Statistik belegt, dass sich die zunehmende Vielfalt auf vergleichsweise niedrigem Niveau entwickelt. Familienbeziehungen sind nämlich äußerst stabil: Immerhin leben 86% aller Kinder mit beiden leiblichen Eltern zusammen, die in neun von zehn Fällen miteinander verheiratet sind. Gemeinsam ist allen Sichtweisen, dass sie Familie als Eltern-Kind-Beziehungen betrachten. So bleibt trotz der Unterschiede die Definition aus dem Vierten Familienbericht von 1986 noch immer aktuell: „Familie kann unabhängig von räumlicher oder zeitlicher Zusammengehörigkeit als Folge von Generationen angesehen

werden, die biologisch und rechtlich miteinander verbunden sind." Sie ist sogar insofern äußerst zukunftsstrahlend, als sie sich nicht nur auf Eltern und kleine Kinder beschränkt, sondern Familien als soziale Netzwerke aller Generationen im Blick hat.

Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland

Der Sechste Familienbericht aus dem Jahr 2000 „Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen - Belastungen - Herausforderungen“ hat wichtige Impulse für die öffentliche Diskussion um Integration gesetzt. Er betont Besonderheiten dieser Familien: ihre Migrationserfahrungen, ihren jeweils spezifischen kulturellen Hintergrund, ihre Erfahrungen mit der Integration in Deutschland, ihr jeweils spezifisches Humanvermögen, die Wanderungsoptionen u.a.m. Und er betont die – nicht immer hinreichend beachtete – Vielfalt der Nationalitäten, die Binationalität, die unterschiedliche regionale und kleinräumige Ausprägung. Aber was davon ist wirklich familienbezogen? Der Blick auf die Familien bringt hier eine neue Perspektive. Er zeigt, dass die Menschen nicht individualisiert und quasi „beziehungslos“ leben, sondern immer auch in ihre sozialen Netzwerke eingebunden sind. In der Regel hat Familie in den Herkunftskulturen eine äußerst hohe Bedeutung. „Migration ist ein umfassender Sozialprozess und ein Familienprojekt“, lautet eine Kernaussage aus dem Sechsten Familienbericht. Die Migrationserfahrungen leben in den sozialen Netzwerken noch Generationen fort.

Migrantenfamilien müssen in ihrer Vielfalt und Normalität wahrgenommen werden: auch hier gibt es belastete und unterstützungsbedürftige, integrierte und leistungsfähige. Familie bekommt einen ambivalenten Charakter, indem sie zum Schutzraum wird, notwendigen Rückhalt gibt und Integration unterstützen kann; im negativen Fall kann sie aber auch einen 'Schutzwall' bilden und in Abgrenzung nach außen die Integration behindern. Damit eröffnen sich neue Anforderungen und Möglichkeiten sowohl an die Integrations- als auch an die Familienpolitik.

Förderung der Familie

Artikel 6 des Grundgesetzes lautet: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Dies gilt grundsätzlich für alle Menschen, die in Deutschland leben. Eine Konkretisierung wird etwa im Sozialgesetzbuch vorgenommen. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz heißt es in § 6 „Geltungsbereich“: „Leistungen nach diesem Buch werden jungen Menschen, Müttern, Vätern und Personensorgeberechtigten von Kindern und Jugendlichen gewährt, die ihren tatsächlichen Aufenthalt im Inland haben. (...) Ausländer können Leistungen nach diesem Buch nur beanspruchen, wenn sie rechtmäßig oder aufgrund einer ausländerrechtlichen Duldung ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben.“

Familien mit Migrationshintergrund stehen also vielfältige Angebote und Leistungen offen. Die Praxis zeigt aber, dass sie in bestimmten nachgehenden Bereichen überrepräsentiert sind, während sie gerade von präventiven Angeboten – sei es der Gesundheitspflege oder von Beratungs-, Bildungs- und kulturellen Angeboten – nach wie vor zu wenig erreicht werden.

Fazit: Familienpolitik und Integrationspolitik zusammenbringen

Bislang werden Familienpolitik und Integrationspolitik oftmals wie zwei getrennte Bereiche behandelt. Dies erschwert die Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben. Bestehende Möglichkeiten werden nicht hinreichend genutzt.

Familienpolitik hat den gesetzlichen Auftrag, die unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen zu berücksichtigen. Der Migrationshintergrund gehört selbstverständlich dazu.

Familienpolitik kann von einer expliziten Berücksichtigung von Integrationspolitik profitieren, um ihre Aufgabe, sich an alle Familien gleichermaßen zu richten, besser zu erfüllen – nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität.

Integrationspolitik wiederum kann von der Familien-Perspektive profitieren, denn Familien bilden eine wesentliche Rahmenbedingung dafür, ob die Menschen sich ansprechen lassen, ob sie mitmachen und Integration auch als



ihre eigene Aufgabe begreifen. Wesentliche Rahmenbedingungen für Integration werden auf Bundes- und Länderebene gestaltet. Die Praxis allerdings konkretisiert sich auf lokaler Ebene. Integration muss im lebensräumlichen Umfeld gelingen, denn nur hier können Familien unmittelbar erreicht werden. Die Fachgespräche des Netzwerks für örtliche und regionale Familienpolitik zeigen positive Handlungsansätze, auf denen aufgebaut werden kann.

*Dr. Andreas Borchers
Sozialwissenschaftler am Institut für
Entwicklungsplanung und
Strukturforschung an der Universität
Hannover*

*Weitere Informationen zum Netzwerk
für örtliche und regionale Familien-
politik unter:*

www.ies.uni-hannover.de



Hausaufgabenhilfe:

Rotstift gegen Lernerfolg

von Agnes Koller

Der Pluralismus hat auch in Schulen Einzug gehalten – nämlich in Form von zunehmend heterogenen Klassen. Kaum ein Thema rund um die Schule birgt für Familien gleich welcher Herkunft aber so viel Zündstoff, Kummer und Leid wie die Hausaufgaben. Denn angesichts der frühen Differenzierung im deutschen Schulsystem müssen

Eltern ihre Kinder immer mehr unterstützen. Das können die meisten Mütter und Väter einfach gar nicht leisten. Wer Erfolg haben will, braucht aber gute Lernbedingungen auch außerhalb der Schulzeiten.

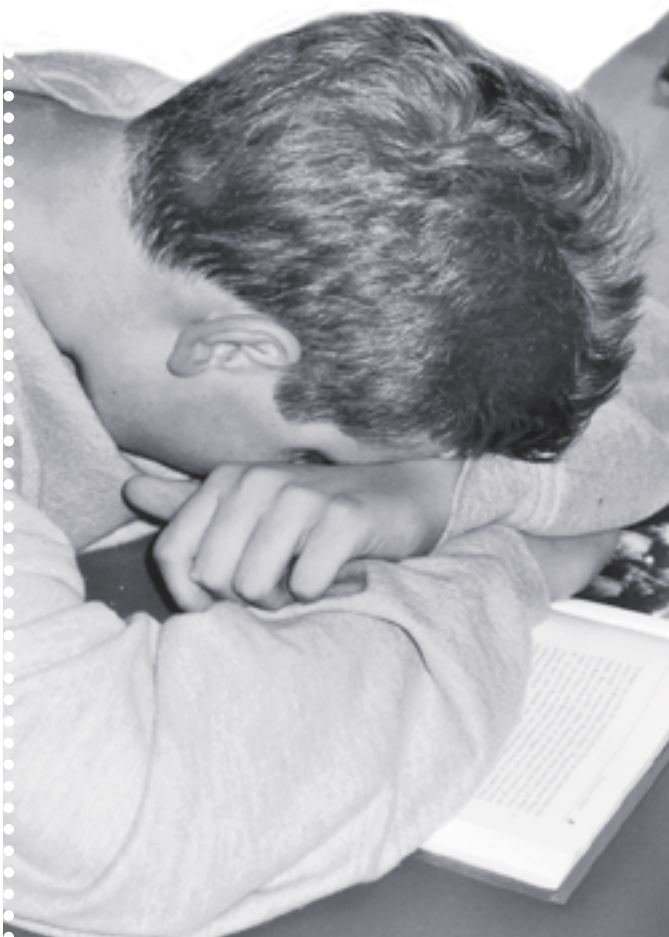


Foto: dü

Bis Ende 2003 konnten freie oder kommunale Träger besonders den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in Niedersachsen eine Hausaufgabenhilfe im Umfang von zwei Doppelstunden pro Woche und Kind für die Klassenstufen 1 – 10 anbieten. Die Kosten trug das Land. Diese Gelder fielen trotz „Bildungsoffensive“ ab 2004 dem Rotstift zum Opfer. Für alle Kinder, die bereits in der Schule sind, gibt es demnach kaum noch systematische Fördermöglichkeiten.

Das Wolfsburger Modell

Gerade die Klassen an Wolfsburger Schulen setzen sich schon lange aus Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft und Muttersprachen zusammen. Deshalb wurde in der Stadt schon ab 1979 ein nahezu flächendeckendes System der Hausaufgabenhilfe aufgebaut: das *Modell der Koordinierten Hausaufgabenhilfe*. Auch wenn der Rotstift nun aktuell und vielerorts mit verheerenden Ausmaßen gewütet hat – Kinder in Wolfsburg werden in ihrem Lernalltag außerhalb der Schule bei uns weiter begleitet, gefördert und unterstützt!

Das *Wolfsburger Modell* bleibt darauf ausgerichtet, den spezifischen Bedingungen der Migrationserfahrung gerecht zu werden, und zeichnet sich in der Hausaufgabenhilfe durch einige Besonderheiten aus:

- Die Kinder und Jugendlichen werden drei Mal, in manchen Gruppen auch vier Mal in der Woche in ihrer Freizeit, d.h. in der Regel am Nachmittag von Honorarkräften betreut, die über die bezahlten Stunden hinaus ehrenamtlich viel Zeit für die not-

wendige Absprache mit den Lehrkräften investieren. Viele SchülerInnen erhalten zudem Einzelförderung oder Förderung in Kleingruppen (bis zu 3 Kinder) teilweise auch am Vormittag während der Unterrichtszeit oder sogar unterrichtsbegleitend. So entsteht eine wirkliche Kontinuität in der Arbeit mit den Kindern.

- Auf notwendige Formen der Sprachvermittlung zum Beispiel auch für die Sachkundefächer kann in Lerngruppen bis max. 10 Kinder pro Betreuung intensiv eingegangen werden. Zu besonderen Lernproblemen von Migrantenkindern erhalten die Honorarkräfte Fortbildungen. Sie können oft über mehrere Jahre hinweg ein besonderes Vertrauensverhältnis zu den Kindern und deren Eltern aufbauen und so auf besondere Problemlagen gut eingehen. Das „Vorbeirauschen“ und „Abschalten“ eines überforderten Kindes im Regelunterricht kann in der Kleingruppe aufgefangen und verhindert werden.

- Hauptamtliche KoordinatorInnen (Lehrkräfte und SozialpädagogInnen) sind für die organisatorische Durchführung der Hausaufgabenhilfe und die pädagogische Anleitung der BetreuerInnen in Schulen und Stadtteilen zuständig. Diese haben die Aufgabe, ihre interkulturelle Kompetenz und Erfahrung (kulturelles Hintergrundwissen, Kenntnisse über die Lebensbedingungen in der Emigration, oft auch Kenntnis der Heimatsprachen) zur Optimierung der Lernprozesse der SchülerInnen und vor allem zur Förderung der Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus einzusetzen. Sie organisieren auch die pädagogischen Fortbildungen für die Honorarkräfte.

- In vielen Stadtteilen gibt es eine enge Vernetzung der Hausaufgabenhilfe mit anderen Institutionen wie Kindertagesstätten, Freizeitheime und anderen Förderinstitutionen wie das Sprachheilpädagogikzentrum o.ä. So können sich die Kinder in einem ganzheitlich abgestimmten pädagogischen Rahmen bewegen, der sie stützt und fördert. Die einzelnen Institutionen wiederum tauschen sich intern auch über Einzelmaßnahmen aus. Damit werden Reibungsverluste vermieden und Synergieeffekte zu Gunsten der Integration erzielt.

Die Koordinierte Hausaufgabenhilfe unterstützt also die Kinder nicht nur, sondern fördert auch Lern- und Integrationsprozesse bei den Eltern und damit die Integration im Stadtteil insgesamt.

Gegenwärtig bestehen in Wolfsburg an 23 Standorten 62 Hausaufgabenhilfegruppen mit durchschnittlich 10 TeilnehmerInnen pro Gruppe, insgesamt werden also 631 Schülerinnen und Schüler begleitet. Davon besuchen 417 eine Grundschule, 151 (noch) die Orientierungsstufe und 63 eine Haupt- oder Realschule. Nach Nationalitäten gegliedert sehen die Zahlen wie folgt aus: Italien – 185, Tunesien – 76, ehem. Jugoslawien – 57, Türkei – 44, Russland – 21, Aussiedler – 32, Deutsche – 132, weitere Nationalitäten – 85. Darüber hinaus verzeichnen wir rund 150 Einzel- oder Kleingruppenförderungen. Diese gesamte Arbeit wird von 80 bis 100 Honorarkräften geleistet.

Langfristig und nachhaltig

Erfahrungen bezüglich der Sprachentwicklung von Migrantenkindern weisen darauf hin, dass es sich dabei um *langfristige Prozesse* handelt, die, soweit es die schriftsprachlichen Kenntnisse betrifft, zu Beginn der Schulzeit sogar erst an ihrem Anfang stehen. Gerade die Möglichkeit der Kinder, die Hausaufgabenhilfe über Jahre hinweg bis zum Abschluss der Schule oder bis zu dem Moment, an dem sie selbstständig lernen können, zu besuchen, macht ihre besondere *Nachhaltigkeit* aus.

Im derzeitigen Schulalltag ist für alle Kinder die familiäre Unterstützung bei den Hausaufgaben und der Unterrichtsvor- und -nachbereitung wichtig. Aber gerade Migrantenfamilien können dies oftmals nicht in erforderlichem Maße leisten. Die regelmäßige Teilnahme ihrer Kinder an der Hausaufgabenhilfe belegt, dass hier eine besondere Notwendigkeit wahrgenommen und von den Eltern positiv unterstützt wird. Das Angebot ist demnach sehr klientelorientiert.

Bedingt durch die Vertrauensbasis, die sich eine städtische Institution wie das Ausländerreferat und die Koordinierte Hausaufgabenhilfe in den Migranten-



familien erarbeitet hat, haben Folgeprojekte wie beispielsweise Sprachkurse für Mütter oder Sprachförderung in Kindertagesstätten (lange vor der landesweiten Einführung) sehr großen Zulauf, da die Ansprechwege direkt und kurz und die Umsetzung relativ unbürokratisch möglich ist.

Für die Schulen stellt die Hausaufgabenhilfe eine wertvolle Ergänzung und Unterstützung dar, die nachweislich mit einem Ansteigen der Leistungen der Kinder und einer Integration ins Leistungsniveau der Klassen zu belegen ist.

Insofern ist es gegen jede pädagogische Vernunft, dass diese besonders auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zielende, bewährte und von allen Seiten akzeptierte Einrichtung zukünftig entfallen soll, wenn sie nicht von den Kommunen selbst, in diesem Fall von der Stadt Wolfsburg, mit eigenen Mitteln weitergeführt wird. Angesichts der Finanznot in den Kommunen eine fast aussichtslose Hoffnung.

*Agnes Koller
Ausländerreferentin
der Stadt Wolfsburg*



Eltern:

„Schafft er es?“

von Karl-Heinz Heinemann

Christina Patelkos kam mit acht Jahren nach Deutschland und ist Wirtschaftswissenschaftlerin. Ihre älteste Tochter Maria besucht die neunte Klasse eines Gymnasiums, ihr Sohn Vangeli ist seit Sommer 2003 im Gymnasium. Karl-Heinz Heinemann, Journalist aus Köln, fragte sie nach ihren Erfahrungen mit Kindergarten und Schule.

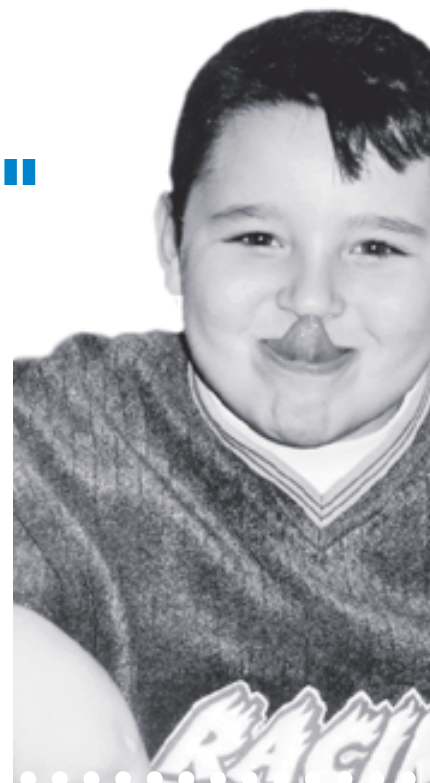


Foto: ddi

Patelkos: Ich wollte, dass meine Kinder zweisprachig aufwachsen. Deshalb haben wir mit Maria zuerst nur Griechisch gesprochen. Deutsch wird sie dann schon im Kindergarten lernen, dachte ich. Doch dort konnte sie kaum Kontakt zu anderen Kindern knüpfen. Vor der Einschulung habe ich dann gemerkt, dass ihr Deutsch für die Schule nicht ausreicht. Ab da habe ich mit ihr nur noch Deutsch gesprochen und gelesen. Maria hatte ja auch zwei deutsche Freundinnen, da haben wir den Kontakt ganz gezielt ausgebaut.

Betr: Und wie lief es dann in der Grundschule?

Patelkos: Maria hat den Einstieg ziemlich gut geschafft, mit Vangeli war es schwieriger. Der wuchs ja nun von Anfang an zweisprachig auf. Mit vier Jahren konnte er beide Sprachen verstehen, aber selbst Deutsch sprechen, das fiel ihm schwer. Im Kindergarten sagten die Erzieherinnen, er hätte Probleme mit den anderen Kindern. Ich war dann mit ihm zwei, drei Mal in der Woche beim Sprachtherapeuten oder im Frühförderzentrum. Auch von der Schule hätte ich mir mehr Verständnis für die Zweisprachigkeit gewünscht. Im ersten Schuljahr sagte mir die Lehrerin zum Beispiel: Ich weiß gar nicht, ob der Junge mich überhaupt versteht, der ist so schüchtern, der meldet sich

gar nicht. Aber ich wusste, dass Vangeli das versteht.

Wenn ich mich nur auf die Äußerungen der Lehrerin verlassen hätte, nach all den Problemen im Kindergarten, dann hätte ich überhaupt nicht mehr Bescheid gewusst. Denn auch das Beurteilungssystem in der deutschen Schule – ich muss sagen, das ist mir einfach fremd. Ich hab immer Angst gehabt, schafft er die Schule? Hat er Probleme, hat er keine? Und dann hieß es immer, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, der wird schon von allein Schreiben und Lesen lernen. Ab der dritten Klasse habe ich mir aber gesagt, nun muss ich das ein bisschen mehr kontrollieren. Außerdem war ich bei allen Elternsprechtagen, das ist doch wichtig.

Betr: Man hört aber oft von Lehrern, dass ausländische Eltern sich zu wenig in der Schule blicken lassen.

Patelkos: Ja, weil ausländische Eltern nicht verstehen, warum man mit den Lehrern zusammen arbeiten soll. Sie verlassen sich auf die Lehrer, dass die den Kindern was beibringen.

Betr: Haben sie Angst vor den Lehrern?

Patelkos: Es ist die Angst, da haben Sie völlig Recht. Außerdem haben sie nicht die nötigen Informationen, um

mit den Lehrern zu sprechen. Und sie kennen sich nicht aus im Bildungssystem, sie wissen nicht, dass gerade die Grundschule eine sehr wichtige Zeit für den Schulerfolg insgesamt ist.

Betr: Was raten Sie denn anderen Migranteltern?

Patelkos: Auf alle Fälle im eigenen Umkreis schauen, wer mit seinen Kindern besser klar kommt. Natürlich auch mit den Lehrern sprechen. Aber die haben oft selbst keine Informationen und sind nicht sensibilisiert für Leistungsprobleme. Und es gibt keine Zusatzangebote in der Schule. Aber es gibt zum Beispiel Hausaufgabenhilfen, denn die Eltern können den Kindern nicht helfen. Die Hausaufgaben werden oft so gestellt, dass die Eltern überfordert sind. Dann beginnt so ein Teufelskreis für die Kinder. Die sind mit ihren Problemen allein und wissen nicht, wohin sie sich wenden können. Auch da hätte ich mehr Unterstützung von der Schule erwartet, dass sie einem zumindest Adressen geben können. Und die Eltern müssten gemeinsam darüber reden, wie sie den Kindern helfen können. Das machen wir zum Beispiel in unserem griechischen Schulverein.



Foto: ddi

Lehrer:

„Kaum Zeit“

von Swaantje Düsenberg

Martina Petzold* und Hans Gerhard* sind Lehrer an einer Orientierungsstufe in einem sozial belasteten Stadtteil Hannovers. *Betrifft*-Redakteurin Swaantje Düsenberg fragte sie, wie sich ihr Schulalltag mit ausländischen und deutschen Kindern gestaltet. Beide Pädagogen sprechen hier für viele engagierte Lehrkräfte in Niedersachsen.

Betr: Der Anteil von Kindern ausländischer Herkunft liegt an Ihrer Schule im Klassenschnitt bei 65 %. Woher kommen Schüler?

Petzold: Z.B. aus Russland oder sie sind Flüchtlinge etwa aus dem Libanon, aus Afghanistan, Iran, aber auch irakische Kurden. Und dann natürlich die Kinder aus türkischen Familien... Aber man muss ihre jeweilige Migrationsgeschichte natürlich gesondert betrachten. Ein Kind, das mit seiner Familie vor dem Bürgerkrieg flüchten musste, hat ganz andere Probleme als ein Kind, das bereits in Deutschland aufwuchs.

Betr: Können Sie das näher erläutern?

Gerhard: Flüchtlingskinder sind in ihrem sozialen Verhalten für uns schwer einschätzbar. Sie haben viel Gewalt erfahren müssen, sind teilweise traumatisiert und lösen ihre Konflikte auch bei uns schnell mit Gewalt.

Petzold: Kinder aus türkischen oder Aussiedlerfamilien haben dagegen das Problem, dass ihre Eltern einen riesigen Bildungsanspruch an sie stellen. Diese Eltern haben es materiell geschafft, jetzt sollen die Kinder Bildung abliefern, Bestnoten, Abitur, Karriere.

Gerhard: Die Eltern haben ein klares Ziel vor Augen – aber keine Vorstellungen darüber, wie ihre Kinder das erreichen können und welche Förde-

rung sie brauchen. Diesen Druck merken wir in der Schule massiv – entweder feilschen die Eltern mit uns direkt um Noten oder ihre Kinder zeigen Konzentrationsprobleme und Konkurrenzverhalten. In jedem Fall fehlt ihnen die Ruhe und Gelassenheit zum erfolgreichen Lernen, auch weil sie oft bestraft werden, wenn sie „es nicht bringen. Das erzählen die Kinder z.B. in unseren „Tischgruppen“. Dieses Konzept haben wir mal in harten Kämpfen durchgesetzt. Mit wöchentlich vier Lehrerstunden besprechen wir jeweils mit einer geteilten Klasse Konflikte und finden zusammen Lösungen. Dafür ist im Fachunterricht ja nie Zeit.“

Petzold: Aber es bleibt auch jetzt nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sehen Sie: die Klassen sind viel zu groß, einige Kinder sprechen ungenügend oder gar kein Deutsch, deutsche Schüler bringen ihre eigene Problematik mit, es gibt Rassismus gegen Ausländer, Gewalt unter Schülern... ich weiß gar nicht, wo ich da anfangen soll....

Gerhard: ...und gleichzeitig werden Förder- und Verfügungsstunden gestrichen, Schulleiter legen sich gegen innovative Ideen quer, Bildungskonzepte aus der Politik verdienen diesen Namen nicht ...

Petzold: Und immer, wenn in irgendeiner Schule was passiert, sollen wir

dann am nächsten Tag mal „Gewaltprävention“ machen. Als ob wir das nicht täglich tun!

Gerhard: Und ist es dann nicht ein Witz, dass zugleich unsere „Tischgruppen“ ständig gestrichen werden sollen?! Dabei werden die Rahmenbedingungen ohnehin immer schlechter, was die Situation in den Klassenzimmern weiter verdichtet. Nein, was Schule nach Pisa wirklich braucht, ist Zeit für die Kinder, kleine Klassen, ein gespanntes Lernklima an der Schule, kontinuierliche Teamentwicklung im Kollegium, mutige Schulleitungen, realistische und sinnvolle Ziele und Lehrpläne, Öffnung nach außen, Kooperationen – kurz: ziemlich andere Rahmenbedingungen als jetzt!

Petzold: Trotzdem gibt es Lichtblicke: Kürzlich war ich mit einer 6. Klasse im Landschulheim, da hatte ich ein total chaotisches, unordentliches Jungenzimmer, in dem auch ein islamischer Junge schlief. Und gleich am ersten Tag hörte ich einen anderen Jungen daraus lautstark rufen: „Mensch, räumt doch mal eure verdammten Schuhe weg, M’hamed muss nach Mekka beten!“.

Das ist doch schon was, oder?!



Soziale Stadt:

Keine Angst vor Nachbarn

von Doris Bonkowski

Menschen mit unterschiedlichen Herkünften, Biografien oder Weltanschauungen waren für das städtische Leben immer typisch. Besonders Einwanderung gehört zu den Phänomenen einer Großstadt – inklusive Fremdheit, Anonymität und sozialer Wandel.

Die Zuwanderung von Menschen aus 140 Nationen, Deutschstämmigen aus Osteuropa und Flüchtlingen hat das Bild der Stadt immer mehr geprägt und ist damit wesentliche Grundlage der Stadtteilentwicklung. Dieses urbane, „plurale“ Zusammenleben spiegelt sich auch in Braunschweiger Stadtteilen mit seinen Chancen, Ressourcen und Problemlagen wieder. Dabei sind kulturelle, soziale und politische Unterschiede nicht mehr allein auf Gruppen beschränkt, sondern jetzt auch in einer Familie, manchmal in einzelnen Biografien zu beobachten.

Innerhalb Braunschweigs konzentrieren sich Migranten vor allem in sozialen und entwicklungsbedürftigen Wohnquartieren oder in den in städtischen Randlagen liegenden Siedlungen der 60er und 70er-Jahre. Über 60 % aller Zuwanderer leben in der Braunschweiger Nordstadt, dem Westlichen Ringgebiet und der Weststadt. Sie garantieren Bevölkerungswachstum, sichern die angesichts drohenden Leerstandes ausreichende Nachfrage. Das Zusammenleben mit Landsleuten aus eigenen Herkunftsgebieten und das damit verbundene soziale Netz er-

leichtert vor allem Neuzuwanderern das Leben in der „Fremde“.

Nicht zwangsläufig verstärken eingewanderte Minderheiten soziale Benachteiligung und Belastungen dieser Stadtteile. Manchmal bilden sie sogar ein stabilisierendes Element gegenüber deutschen Problemgruppen. Dennoch beklagen Einwohnerinnen und Einwohner das Negativ-Image und die hohe Ausländerzahl in ihren Stadtgebieten.

Ihre Anwesenheit haben Migranten in den Stadtteilen dazu genutzt, um zahlreiche informelle Kontakte zu Landsleuten sowie privat-ökonomische und soziale Versorgungsnetze zu schaffen. Zunehmend gestalten sie ihr Umfeld nach eigenen Bedürfnissen. Mit ihrem multikulturellen Warenangebot zu überwiegend günstigen Preisen sichern Betriebe von Zuwanderern die Grundversorgung in den Stadtteilen. Die Betätigungsfelder sind vielfältig, ihre Beschäftigungszahlen und ihr Ausbildungsplatzangebot bilden eine wichtige Ressource und Chancen für die Stadt. Während alteingesessene Nationen mit internationalen Feinkostspezialitä-



Foto: dtu

ten, Partyservice oder Bioprodukten um die deutsche Kundschaft in der Nordstadt werben und ein internationales gastronomisches Angebot entwickeln, bieten russlanddeutsche Einzelhändler, Reisebüros, Versicherungen ihr heimatorientiertes Warenangebot und ihren muttersprachlichen Service vor allem Neuzuwanderern in diesem Stadtteil an. Dass auch aufstiegsmobile Migranten sich in nicht-traditionellen Gewerben behaupten können, zeigt die dort angesiedelte griechische Inhaberin eines Software-Hauses, die durch Gründung eines griechischen Weinkontors und Literaturverlages ihr unternehmerisches Spektrum erweiterte.

Vor allem in der heterogenen Struktur städtischer Altbauquartiere hat sich ein oft gut funktionierendes Zusammenleben oder Nebeneinander von Alteingesessenen und Neuzuwanderer, Bewohnerinnen und Bewohnern unterschiedlicher sozialer Milieus gebildet. Neben türkisch- und russischsprachigen, studentischen und „alternativen“ Milieus, verschiedenen Jugendkulturen, ethnischen Vermischungen und religiösen Orientierungen spiegeln sie die vielfältigen Lebenswelten im Stadt-



Foto: dti

teil wieder. Dagegen erweisen sich die Rahmenbedingungen von Neubausiedlungen mit ihren vielen Geschossbauten und neuen Mehrheiten an Zuwanderern als eher schwerfällig. Zu sozialen mehrsprachigen Orten für den interkulturellen Austausch gehören hier zunehmend Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen, die von kultureller Pluralität geprägt sind.

In Kirchen, Moscheen oder Synagogen sammeln sich Braunschweiger anderer Herkunft, so die Polnisch-Katholische Mission, die Koreanisch-Methodistische, die Armenische oder die Griechisch-Orthodoxe Gemeinde.

Russlanddeutsche Protestanten oder jüdische Emigranten lassen die Mitgliederzahlen in den Gemeinden anwachsen. Muslime haben ihre religiöse Infrastruktur – meist dort, wo sie wohnen –, am weitesten entwickelt. Ihre geräumigen Gebetshäuser sind Treffpunkte.

Hier findet Austausch und Verständigung ebenso statt wie in vielen Alltagssituationen in der Nachbarschaft, im Einkaufszentrum, auf dem Flohmarkt oder in den Vereinen eingewanderter Minderheiten.

Wenn Zuwanderer auch in rund 70 internationalen Vereinen stadtweit gut organisiert sind und ein hohes Potenzial an Selbsthilfe und Partizipation bieten, fehlen in diesen Braunschweiger Stadtteilen deutlich Räume für kulturelle Nutzungen.

Beispiele gelingenden Zusammenlebens dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in der multikulturellen Stadtgesellschaft ebenso Konflikte und Diskriminierungen in besonderer Brisanz zeigen. Im Zuge anhaltender Massenarbeitslosigkeit, Armutsentwicklung und staatlichen Sparmaßnahmen wird zunehmend deutlich, dass sich bei verschiedenen Migrantengruppen, gemeinsam mit anderen einkommensschwachen Schichten, Ausgrenzungen verfestigen und ausweiten. Die soziale Stadt steht vor wachsenden Herausforderungen.

In nahezu allen Stadtteilen, in denen Zuwanderer vermehrt leben, haben sich soziale Stadtteilinitiativen oder trägerübergreifende Arbeitsgemeinschaften gebildet, die nach Lösungsansätzen zum nachbarschaftlichen Miteinander in ihren Wohnquartieren suchen. Die Aktionswochen „Jeder ist Nachbar“ der Arbeitsgemeinschaft Weststadt und die bewohnerbezogene Stadtteilarbeit in der Nordstadt mit Angeboten von Sprach- und Nähkursen bis zu Gesprächsrunden mit zugewanderten Bewohnern unter dem Titel „Blick über den Zaun“ sind interkulturelle Lernorte für Migranten und Deutsche.

Eine aktive Stadtteilpolitik, die die Problemlagen der Bewohner – Deutsche wie Migranten – ernst nimmt, ist mehr denn je notwendig. Dabei kann auf die wichtige Initiativkraft einheimischer Bürger nicht länger verzichtet werden.

Sozialdaten zur Problemdichte, zur Bewohnerstruktur bilden die Grundlage für Planungsprozesse in Braunschweig, jedoch sind die Mittel für die Lenkung sozialer Prozesse knapper geworden. Im Rahmen des Sanierungsprogramms „Soziale Stadt“ arbeitet die Sozialverwaltung mit dem dafür eingesetzten Quartiermanagement eng zusammen. Ein integriertes Handlungsprogramm greift die Potenziale des Stadtteils Westliches Ringgebiet auf und entwickelt unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner Projekte.

Erste Projekte und Arbeitsansätze wie der Fahrradkurs für Migrantinnen „Ladies on Tour“, das Projekt „Kulturvermittler“ oder „Gesund leben lernen“ tragen dazu bei, das Zusammenleben im Stadtteil mit seiner pluralen Bewohnerschaft zu verbessern. Im Gespräch ist die Umsiedlung der „Internationalen Begegnungsstätte“, um ethnisch kulturelle Rückzugsräume und gleichzeitig soviel interkulturelle Begegnungen wie möglich im Westlichen Ringgebiet schaffen.

Ihre Beteiligung an Planungsprozessen und ihre Mitarbeit im Quartier ermöglichen Zuwanderern Mitgestaltung und die für sie wichtige Anerkennung von Nachbarn und Dritten. Als erster Schritt wurde ein türkischstämmiges Bürgermitglied für den Sanierungsbeirat benannt, der die baulichen und sozialen Maßnahmen in diesem Stadtgebiet begleitet.

Die Weichen sind in diesem Stadtteil aufgrund des Programmziels „Soziale Stadt“ und der organisatorischen Vorgaben deutlich anders gestellt. Aber es ist zu früh, um zu beurteilen, ob der Aktivierungsgedanke in Bezug auf Migrantenfamilien sich tatsächlich in der Praxis entfalten wird, der dann wirklich „Betroffene zu Beteiligten“ macht.

*Doris Bonkowski
Dipl. Pädagogin, Leiterin des Büros für
Migrationsfragen der Stadt
Braunschweig*

Religiöse Vielfalt und demokratisches Einerlei?

Halbierte Moderne

von Gazi Caglar



Foto: ddt

Pluralismus als friedliche Koexistenz von Religionen und Weltanschauungen ist ein charakteristisches Merkmal der Moderne und ein Prozess der Abschaffung des religiösen Monopols. Heute können sich die Religionen trotz des universalen Anspruchs ihrer Botschaft nur noch auf eine begrenzte Macht berufen. Denn sie liegt in den Händen des Nationalstaats. So wurde die Nation sozusagen zum mächtigen Gott der Moderne. Staat und die Kirche sind vom Wesen daher Konkurrenten.

Der Nationalstaat möchte seine Macht nicht teilen. Er ist wohlwollend gegenüber der Pluralität und der Konkurrenz zwischen den religiösen Akteuren, da er so den Absolutheitsanspruch einer Religion am besten zurückweisen kann. Die Kirchen besetzen dagegen die Moral und den symbolischen Kommunikationsraum von Leben, Sinn und Tod und destabilisieren so den Staat. Die Mehrheit der religiösen Institutionen stellt aber die staatliche Form nicht in Frage. Sie versuchen eher, durch einen engen Dialog mit dem Staat ihren Einfluss zu bewahren.

Merkwürdige Allianz

Die Reformation hat Deutschland in das katholische und das evangelische Lager geteilt. Der Westfälische Friede (1648) bildete dann zwar das Ende der Religionskriege, aber in der gesamten deutschen Geschichte lassen sich die Ambivalenzen der staatlichen Einteilung

zweier konfessioneller Gemeinschaften erkennen. Nach dem Faschismus wurde die gesellschaftliche Position der Kirchen dann gestärkt, weil sie in den Augen der Siegermächte nicht als bestrafungswürdig galten und an Stelle fehlender politischer Institutionen zunächst einmal die Deutschen repräsentierten. Die Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung wurden ins Grundgesetz übernommen. Diese Artikel und ein vertragsrechtliches System bilden bis heute die Basis einer vom Gesichtspunkt der Trennung von Staat und Religion her problematischen Partnerschaft zwischen dem deutschen Staat und den Kirchen in Deutschland.

Es gibt heute eine merkwürdige Allianz zwischen den Repräsentanten des Christentums und des Islam in Deutschland. Der Toleranzgedanke gegenüber dem Islam wird nämlich am lautesten von den christlichen Kirchen und

Gruppen gepredigt. Diesen christlich-islamischen Dialog betreiben kleine intellektuelle Gruppierungen, denn sie eint ein gemeinsames Interesse: man will den vielfältigen Einflüssen der pluralistischen Moderne und der weiteren Säkularisierung von Gesellschaft und Staat entgegenstehen. So befürworten die christlichen Kirchen z.B. den Islamunterricht in staatlichen deutschen Schulen, weil sie den Sinn christlichen Religionsunterrichts dort nicht in Diskussion stellen lassen möchten; sie befürworten den Dialog des Staates mit dem Islam, weil sie ihren eigenen institutionalisierten Dialog nicht weiter hinterfragen lassen möchten.

Der deutsche Weg

In Deutschland existiert verglichen mit Frankreich eine besondere Form des Verhältnisses von Staat und Religion. Schon die Formel in der Präambel der Verfassung vom „Bewusstsein seiner



Foto: dü



Foto: Stadt Mannheim



Foto: dü

Verantwortung vor Gott und den Menschen“ illustriert deutlich: Der Staat hat hier – anders als in Frankreich – einen historischen Burgfrieden mit den institutionalisierten Kirchen geschlossen:

- Er treibt die Mitgliedsbeiträge (Kirchensteuer) für die beiden christlichen Kirchen ein;
- christliche Religion ist ein ordentliches und versetzungsrelevantes Unterrichtsfach an öffentlichen Schulen;
- der Staat lässt vielfältige soziale Dienstleistungen im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips durch die Kirchen bzw. ihre Wohlfahrtsorganisationen abwickeln. (Kirchliche Kindergärten erhalten übrigens rund 75% staatliche Zuschüsse, obwohl in ihnen das Kirchenrecht gilt. Z.B.: Erzieherinnen aus der Türkei dürfen dort nicht arbeiten, obwohl in den staatlichen Zuschüssen auch ihre Steuern enthalten sind.);
- die Kirchen verfügen über kostenlose Sendezeiten bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Kirchenvertreter bestimmen z. B. im Rundfunkrat mit, was gesendet werden darf.



Foto: Archiv Ausländerbeauftragte

„Der religiöse Burgfrieden wird in Deutschland vor allem vom Islam in Frage gestellt.“

Streng genommen wahrt die Bundesrepublik Deutschland ihre staatliche Neutralität also gegenüber den meisten Religionen, nicht aber gegenüber den beiden christlichen Kirchen.

Dieser religiöse Burgfrieden wird in Deutschland nun von neuen religiösen Bewegungen, vor allem dem Islam, in Frage gestellt. Der kämpft um Anerkennung und will die gleichen Privilegien wie die beiden christlichen Kirchen und die jüdischen Gemeinden. Selbst durch eine große Vielfalt religiöser Interpretationsmonopole gekennzeichnet, entreißt der Islam als drittgrößte Religionsgemeinschaft dem Staat immer mehr Konzessionen: staatlicher Islamunterricht (Foto unten), Förderung für bestimmte Aktivitäten, Erlaubnis für religiöse Rituale sind nur der Auftakt in diesem Prozess. Der Streit ums Kopftuch, der in Frankreich durch ein Verbot aller religiösen Symbole in staatlichen Schulen gelöst wird und durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Deutschland nur verschärft wurde, hat eine Dimension, die das moralische und rechtliche Fundament des Burgfriedens mit den Kirchen zu erschüttern droht. Noch hat der demokratische Staat das faktische Argument um die demokratische- und menschenrechtsfeindlichen, antisemitischen und frauenfeindlichen Strömungen im Islam auf seiner Seite. Die medial geschürte Angst vor dem Islam in der Bevölkerung, die mit dem global funktionierenden neuen Feind-

bild parallel geht, kommt hier zu Hilfe.

Islam ist nicht Islamismus

Der Islam ist aber nicht einmal in seiner Vielfalt gleichzusetzen mit dem Islamismus. Die politische Islamisierung des Islam – das ist der Islamismus! Der begeht in einer archaischen und zugleich modernen Art physische Gewalttaten im Namen des Islam, er richtet seine Pfeiler erklärtermaßen gegen die demokratischen und republikanischen Modelle, er verletzt explizit die Menschenrechte und das internationale Recht, er verfügt über phallogozentrische Figuren und Rituale der Mobilisierung. Das alles darf aber nicht dazu führen, den Islamismus als Phänomen und Problem der neoliberalen Moderne außerhalb unserer Zeit oder unseres Planeten zu stellen. Denn das wäre nur ein allzu billiger Trick, der den Weg weltlicher Lösungen und Alternativen blockiert und „das Böse an sich“, den Islamismus, allein dem Exorzismus und den kriegerischen Mitteln von High-Tech-Armeen überlässt.

Nein, vielmehr müssen wir den tiefen Ambivalenzen und Widersprüchen nachspüren, die von gesellschaftlichen Umbrüchen und Verwerfungen erzeugt werden und die im fast grenzenlos gewordenen Raum des Islamismus zum Verlust der vorherrschenden Ideen von Demokratie und Fortschritt geführt haben. Der Islamismus ist kein Rätsel des Orients. Er ist vielmehr eine plura-



Menschen: Nase vorn

von Swaantje Düsenberg

le politische Strömung, die von gemäßigten Parteien bis hin zu brutalen Todesorganisationen reicht und sich gegen die Errungenschaften der Aufklärung richtet. Er repräsentiert nicht das Außen der demokratischen und westlichen Moderne, sondern ist mitten in ihr gegen sie. Er ist mehr eine weltlich-politische als eine religiöse Bewegung. Deshalb kennt er sich in Fragen der weltlichen Kriegsführung auch besser aus als in Fragen gottergebener religiöser Botschaft.

Irgendwann muss aber die entscheidende Frage nach der fragwürdigen Legitimation des in Deutschland praktizierten religiös-staatlichen Burgfriedens gestellt werden. Ob diese Frage im Sinne einer weiteren pluralistischen Säkularisierung von Staat und Gesellschaft gelöst werden wird oder sich dem Burgfrieden nur ein weiterer Partner in Gestalt des Islam hinzugesellt, muss mittelfristig entschieden werden.

Europa ist ohne Jerusalem, Kairo, Rom, Byzanz, Athen und Babylon kaum zu denken. Und ohne die Kreuzzüge nach außen und innen auch nicht. Die europäische „Kultur“ ist aber heute eine eher christliche, weniger eine jüdisch-christliche oder gar jüdisch-christlich-islamische und schon gar nicht eine radikal säkularisierte. Demokratisierung und Säkularisierung sind auch in europäischen Gesellschaften, vor allem in Deutschland, keine Begriffe, die eine abgeschlossene Phase definieren. Beides ist auch hier auf halbem Wege stecken geblieben: Auch in Europa haben wir es mit einer halbierten Moderne zu tun.

*Prof. Dr. Gazi Caglar
Politikwissenschaftler, Fakultät Soziale
Arbeit der Fachhochschule Hildesheim*

Keine Frage – auch
Niedersachsen ist ei-
ne durch und durch
plurale Region mit
einer Bevölkerung
aus zahlreichen Her-
kunftsländern, einer
Vielzahl von Lebens-,
Glaubens- und Fa-
milienformen und
den damit verbunde-
nen Werten. Diese
Feststellung ist also
weder neu oder
wirklich aufregend.

Aus dem Blickwinkel einzelner Menschen stellt sich dennoch so manche Aufgeregtheit ein. Denn so unterschiedlich sich ihr Alltag gestaltet und so verschieden ihnen durch Lebensbedingungen Möglichkeiten eröffnet oder Grenzen gesetzt werden, so vielfältig reagieren sie auch auf den Pluralismus an sich, der um sie herum „einfach geschieht“.

Trotzdem kann man zwei wesentliche Wahrnehmungs- und Reaktionsformen beobachten. Denn ob die pluralistische Gesellschaft, in der alle leben, persönlich als Bereicherung und Chance oder als Bedrohung und Einschränkung empfunden wird, bestimmt vielfach auch der individuelle Lebensrahmen.

Diejenigen, die z.B. eine gesicherte Existenz führen, zuverlässig und unbedroht in Lohn und Brot stehen (Auf wen trifft das schon zu?) und sich trotz der viel beklagten „schwindenden Werte“ eine persönliche Orientierung in der Gesellschaft erhalten konnten, lassen sich durch den Pluralismus weniger aus der Fassung bringen. Er ficht sie kaum an, einige mögen ihn vielleicht sogar als Bereicherung empfinden. Denn wer sich im Grundsatz sicher fühlt, kann sich sogar Neugier auf das Neue, Andere, auch Fremde leisten – unabhängig davon bleibt





Foto: asd

ihm dennoch die Entscheidungsfreiheit, was davon ins eigene Lebenskonzept übernommen wird und was nicht.

Diese Freiheit...

...bleibt anderen, deren Alltag eher von Unsicherheit und Ängsten geprägt ist, weitgehend unzugänglich. Im Gegenteil erleben und erleiden viele eine zunehmende Desorientierung, wenn nichts mehr so ist, wie es einmal war, wenn das ehemals allgemein Gültige an Bedeutung verliert, ausfranst, relativ wird, wenn schon heute niemand mehr weiß, welche Veränderungen und Entwicklungen uns schon morgen wieder fordern werden, wenn nichts mehr sicher ist außer die Unsicherheit. Die zunehmende Vielfalt der Lebensstile, die Koexistenz teils scheinbar widersprüchlicher Werte, die wachsende Heterogenität im nachbarlichen Nahraum, die „Umstrukturierung“ in den Betrieben, das Postulat des „lebenslangen Lernens“, die verzweifelten und verwirrenden politischen Lösungsversuche des „Reformstaus“, die niemand mehr einsichtigen Debatten um die vielen Fürs und Widers in zahllosen Fragen – all dies und vieles mehr vermengt sich, wird als kaum greifbare Bedrohung, gar als gewaltförmige Entwicklung erlebt, als dessen Opfer sich der Einzelne empfindet.

Vor dieser Folie der Angst ...

...fällt auch die Forderung nach mehr interkulturelle Öffnung in Institutionen, Einrichtungen, Verwaltungen und der in ihnen tätigen Menschen ins Stimmungsbild. Abwehrreaktionen (Das Boot ist voll!), die Suche nach der Ursache (Zu lasche Gesetze!), der Wunsch nach Personalisierung des Übels (Die Ausländer!), Depression (Wir Deutsche kommen nicht mehr voran!) oder Aggression (Dem hau ich in die Schnauze!) sind mögliche Folgen. Und der Ruf nach Schließung der Gesellschaft, nach reaktionären Rezepten, nach Besinnung auf die „guten alten Werte“ oder nach jemandem, der „endlich mal durchgreift“, vielleicht auch.

Dabei steht fest...

...der Pluralismus greift in jeder offenen, demokratischen und durch vielfältige Entwicklungen sich immer rascher verändernden Gesellschaft stetig Raum. Fest steht aber auch: er scheint Gewinner und Verlierer zu produzieren – zumindest aus der subjektiven Perspektive. Aber wenn sich das Lager auch deshalb in Pro und Contra Pluralismus spaltet – er schreitet dennoch unaufhaltsam voran, der Einzelne wird gar nicht erst gefragt. Dabei stehen die raschen gesellschaftlichen Veränderungen sicher sogar in diametralem

Gegensatz zur Veränderungsunfreudigkeit des Individuums und setzen es somit einer steten Überforderung aus. Der Impuls, dies zu stoppen, ist menschlich also nachvollziehbar, nützen tut er nichts. Hilfreicher wäre hier dagegen die Frage: Worin liegen die Chancen des Pluralismus für die Gesellschaft, auch für den Einzelnen, auch für mich? Denn der defizitäre Blick legt ja nur frei, was „wir“, was ein jeder vermeintlich zu verlieren glaubt, nicht aber einen möglichen Zugewinn. Der könnte aber gerade in der größten (Entscheidungs)Freiheit liegen, die der Pluralismus gesellschaftlich und individuell eröffnet. In diesem Sinne sitzen Deutsche und Migranten in einem Boot. Denn die friedliche Koexistenz z.B. verschiedener Lebensformen, Religionen und Werte auf der Basis einer gemeinsamen Grundordnung und dem Willen zu Toleranz und Neugier könnte für alle Beteiligten zur Bereicherung werden. Immer vorausgesetzt, mehr Freiheit wird als hohes Gut geschätzt und als Chance begriffen. Zumindest in diesem Punkt sind viele Migrantinnen und Migranten ihren deutschen Nachbarn ein Stück voraus, denn diese Überzeugung bildete ja oft erst die Voraussetzung ihrer Migration nach Deutschland.



Grundbaustein für's Leben

von **Bianka Harms**

Foto: iik e.V.



Ende 2003 hatte die **Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, Gabriele Erpenbeck, im Rahmen der 1. Niedersächsischen Konferenz für Migration und Integration zu einer Fachtagung nach Hannover eingeladen. Thema der Veranstaltung war die Sprache im Migrationsprozess.**

Als Sozialpädagogin im PRINT-Projekt für die Gemeinde Ganderkese bin ich an einem Schulzentrum tätig, in dem rund 1.450 Schülerinnen und Schüler in sämtlichen Schulformen unterrichtet werden. Dort ist auch eine größere Kindertagesstätte angegliedert, sodass die Möglichkeiten im Bereich Integration breit gefächert sind. Vor diesem Hintergrund war ich gespannt auf die angekündigten Informationen und Anregungen aus Theorie und Praxis.

Als erster Referent im theoretischen Teil stellte Prof. Dr. Gazi Caglar von der FH Hildesheim die Bedeutung des Spracherwerbs im Migrationsprozess heraus. Dieser sei ein wesentlicher Grundbaustein für das Leben im Alltag. Spracherwerb macht nach Prof. Caglar aber auch die Öffnung der Gesellschaft nötig.

Prof. Dr. Ingrid Gogolin von der Universität Hamburg kritisierte in Bezug auf die Bildungsvoraussetzungen der Migrantenkinder: „Es wird leider immer zuerst gefragt, was diese nicht können. Der Blick für die Ressourcen fehlt.“ Sie beschrieb das Sprachverhalten von Kindern als altersmäßig

sehr unterschiedlich, da ältere Kinder eher auf Deutsch, kleinere Kinder eher muttersprachlich angesprochen werden würden. Deutlich wurde auch, dass Spracherwerb von Gestik und Mimik gerahmt wird und die Erstsprache alle weiteren Sprachversuche prägt. Die Herkunftssprachen zu fördern sollten so gesehen alle deutschen Lehrpläne zur Pflicht machen.

Dann ging es in den Bereich Erwachsenenbildung. Anhand von Elterngenerationen konnte Ursula Martens-Berkenbrink von der VHS Braunschweig belegen, dass Erwachsene „Deutsch als Zweitsprache“ anders erlernen als Kinder und Jugendliche. Denn sie speichern fremdsprachige Laute anders und können die Schrift schlechter verinnerlichen. Auch Rahmenbedingungen wie Wohnsituation, Kinderbetreuung oder Krankheit etc. können das konzentrierte Lernen erheblich stören. Die Dozentin forderte daher gemischte Sprachkurse und Konzepte zum „Das Lernen lernen“.

Anschließend präsentierte Iris Gereke in Workshop 2 ein Pilotprojekt zwischen der Uni Oldenburg und vier Grundschulen sowie einer Kinder-

tagesstätte in den Städten Oldenburg und Delmenhorst. „Sprachförderung in Kindertagesstätten und Grundschulen – ein Fortbildungsprojekt für Erzieherinnen und Lehrerinnen“, so lautete das Thema. Dieses Projekt ist wohl noch einmalig, wird aber zukünftig sicher Nachahmer finden. Denn die gemeinsame Schulung von Erzieherinnen und Lehrerinnen schafft für alle Beteiligten eine sehr gute Reflexionsplattform.

Die beiden weiteren Workshops hatten ähnlich interessante Themen zum Inhalt. Ich würde mir zukünftig weitere Fachtagungen mit einem derart abgerundeten Spektrum wünschen, auf denen neue Forschungsergebnisse in praktische Projekte münden und auch vor Ort im Bereich Kindertagesstätten, Schulen, Elternarbeit, Jugend- oder Bildungsarbeit umzusetzen sind.

*Bianka Harms
Sozialpädagogin, Ganderkese*

Der Tagungsreader kann ab Ende März unter www.mi.niedersachsen.de heruntergeladen oder bei der Ausländerbeauftragten als gedruckte Version angefordert werden.

Ahmet Güler

„60 neue Ausbildungsplätze“

von Rena Bürger

Ahmet Güler ist Unternehmer. Und politisch wie sozial engagiert. Andere spielen Tennis – Herr Güler setzt sich dafür ein, dass seine türkischen Landsleute Ausbildungsplätze für Jugendliche schaffen.



Foto: privat

Ahmet Güler kommt 1980 eigentlich nach Hannover, um im Fach Wirtschaftswissenschaften zu promovieren. Doch dann gründet er noch im gleichen Jahr sein eigenes Unternehmen Gentili Ledermoden. Da sich Ausländer vor 1985 nicht selbstständig machen durften, sucht sich Ahmet Güler einen deutschen Partner. „Auf diese Weise haben viele meiner Landsleute ihre Selbständigkeit begonnen. Es gab 1985 bundesweit etwa 5000 ausländische Unternehmen unter deutschem Namen“, sagt er. Nach 1985 steigt die Zahl innerhalb von fünf Jahren auf 30.000 Unternehmen und verdoppelt sich noch einmal bis zum Jahr 2000. „Viele Ausländer wollten nicht mehr länger in großen Fabriken arbeiten, sondern sich etwas eigenes aufbauen“, beschreibt Güler die Entwicklung.

Doch einfach haben es die ausländischen Existenzgründer bis heute nicht. „Die Banken reagieren immer noch misstrauisch auf ihre Kreditanträge, sogar wenn sie einen deutschen Pass besitzen.“ Aber auch das deutsche Beratungsangebot stellt sich nicht auf das neue Klientel ein. „Bei der Industrie- und Handelskammer gibt es in Sachen Beratung für Ausländer immer noch ein Vakuum. Entsprechend suchen weniger als zwei Prozent der ausländischen Existenzgründer dort Hilfe.“

Um dieses Vakuum zu füllen, gründet sich 1989 der Türkisch-Deutsche Unter-

nehmerverband, der seit vier Jahren Bund Türkisch-Europäischer UnternehmerInnen, kurz BTEU, heißt. „Damit wollten wir unsere Öffnung in Richtung Europa dokumentieren und außerdem zeigen, dass es auch engagierte Frauen in unserem Verband gibt – das große ‘I’ in UnternehmerInnen sorgte bei einigen allerdings erst mal für Stirnrunzeln“, schmunzelt Güler.

Beim BTEU bekommen die Existenzgründer alle wichtigen Informationen für einen gut geplanten Start in die Selbständigkeit. Denn ausländische Geschäftsleute stehen häufig vor anderen Fragen als deutsche. „Im Lebensmittelbereich geht es dann z.B. um Exportbestimmungen von Lebensmitteln aus der Türkei. Dieses internationale Wissen fehlt der Industrie- und Handelskammer.“

So sieht sich der BTEU als Bindeglied zwischen Unternehmern ausländischer Herkunft und deutschen Behörden. Ziel ist es aber, die ausländischen Selbständigen in die deutschen Strukturen einzugliedern. Um die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, engagiert sich Ahmet Güler auch politisch: Er führt Gespräche mit Vertretern aus Behörden und Politik und organisiert nationale und internationale Kongresse.

Besonders am Herzen liegt ihm aber die Ausbildung Jugendlicher. „Gemeinsam mit dem Arbeitsamt haben wir allein im letzten halben Jahr 60 neue

Ausbildungsplätze in Hannover geschaffen“, berichtet Güler stolz. Dazu bietet der BTEU ausländischen Unternehmern Fortbildungen an und ermutigt sie, in ihrem Betrieb auszubilden. „Manchen fehlt einfach nur das Selbstvertrauen. Viele waren ja vor kurzem noch selbst Arbeiter oder Angestellte – und stehen plötzlich auf der anderen Seite. Diese Veränderung muss man erst mal realisieren.“ Jetzt können Geschäftsinhaber übrigens nach fünf Jahren Selbständigkeit ohne Prüfung bei der Handelskammer ausbilden.

Güler will auch die Jugendlichen selbst ermutigen, sich für ihre Bildung zu engagieren. Er möchte Vorbild sein und zeigen, dass man auch als Ausländer in Deutschland erfolgreich sein kann. „Dieses Land hat uns viel gegeben, jetzt können wir etwas zurückzugeben. Wir als deutsche Unternehmer ausländischer Herkunft sind ebenso für die Bildung von Jugendlichen verantwortlich wie die deutschen Institutionen.“

*Rena Bürger
Journalistin, Hannover*

Kontakt:
Ahmet Güler, Vorstandsvorsitzender
des BTEU, Brandenburgerstr. 12
30855 Langenhagen, Tel: 0511/78 53767
info@bteu.de
www.bteu.de



Fit in Deutsch

von Gabriele Grosser



Foto: VPAK e.V. Osnabrück

Migrantenfamilien sprechen häufig die Sprache ihres Herkunftslandes als Familiensprache. Die Kinder erlernen also in dieser Erstsprache alle grammatischen und phonologischen Prinzipien. Erst im Kindergarten begegnen sie bewusst der deutschen Sprache. Ihre Eltern hoffen dabei, dass nun die Zeit bis zur Einschulung ausreicht, um genug Deutsch für die spätere Schullaufbahn zu lernen.

Diese Entwicklung stellt für die Kindergärten und Schulen eine besondere Herausforderung dar. Das Erlernen der deutschen Sprache ist die wichtigste Voraussetzung für einen Integrationsprozess, zu dem sowohl ein glücklicher Kindergartenbesuch als auch eine erfolgreiche Schullaufbahn mit einem qualifizierten Abschluss gehören. Die Kindertagesstätte als Ort der Tagesbetreuung von Kindern spielt dabei eine zentrale Rolle. Hier kommen fast alle Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren zusammen. Sie sollte also ein Ort der Öffnung und Vielfalt sein, in der die Neigungen und Interessen der Kinder gefördert und Defizite ausgeglichen werden. Hier muss auf altersadäquate Weise der Spracherwerbsprozess der deutschen Sprache bei Kindern mit anderen Erstsprachen gefördert und unterstützt werden.

In einem zweijährigen Pilotprojekt von September 2001 bis August 2003 der Stadt Osnabrück in acht Kindertagesstätten mit hohem Migrantanteil (mindestens 35 %) haben wir die Möglichkeiten der Kitas näher kennen-

gelernt – angefangen beim fachlichen Vorwissen der Erzieherinnen bis hin zum Vorhandensein entsprechender Materialien auf dem Markt. Pilotprojekte sind immer besonders gut ausgestattet und sollen erfolgreiche Ergebnisse präsentieren. So zeichnete sich das Osnabrücker Projekt durch folgende Punkte aus:

- Der Jugendhilfeausschuss stellte im November 2000 für zwei Jahre **finanzielle Mittel** als Kofinanzierung für acht vom Arbeitsamt bezuschusste SAM-Stellen für Erzieherinnen zur Verfügung.
- Es konnten **acht arbeitslose Erzieherinnen mit je 30 Stunden** für den gesamten Projektzeitraum als zusätzliche Mitarbeiterinnen in den Kitas eingestellt werden. Es waren vier städtische, zwei katholische und zwei evangelische Kindertagesstätten beteiligt.
- Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe übernahm die **organisatorische Begleitung** der gesamten Projektphase und konnte Schwierigkeiten bei der Umsetzung aufgreifen und beheben.
- Das damalige niedersächsische Sozialministerium übernahm die Finan-

zierung der **wissenschaftlichen Begleitung**. Die Sprachwissenschaftlerin Dr. Doris Tophinke wurde beim Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien (VPAK) eingestellt und konnte ein **strukturiertes Fortbildungsangebot** konzipieren und durchführen. Die acht Erzieherinnen und je eine feste Kraft der am Projekt beteiligten Kitas wurden im Umfang von 45 Stunden im Bereich der Lautung und Grammatik des Deutschen fortgebildet mit dem Ziel, die Materialien später entsprechend einsetzen zu können.

- Es konnten **Sprachstandsuntersuchungen** der Kinder in ihrer Muttersprache und im Deutschen gemacht werden, um so eine Grundlage für die Erstellung der Lehrmaterialien zu haben.
- Dr. Doris Tophinke konnte **altersgerechtes, sprachwissenschaftlich fundiertes Material** zur Arbeit mit den Kindern entwickeln. Spiele und Übungen zu den Bereichen „Vokale als Elemente der Silben“, „Wortbetonungsmuster“ und „Wörter als Elemente von Sätzen“ fördern bei den Kindern elementares Wissen über die Strukturen der deutschen Sprache, sodass sie durch das Material eine gute Vorbe-

reitung auf das Erlernen der Schriftsprache in der Schule bekommen. Während einer langen Erprobungsphase wurden die Materialien immer wieder verändert und ergänzt, wobei die Beobachtung der Kinder beim Umgang mit den Materialien dabei von zentraler Bedeutung war.

- Es konnte von Medienstudenten der Universität Osnabrück ein Videofilm über das Projekt und den Einsatz der Materialien im Alltag der Kindertagesstätte erstellt werden. Dieser Film wurde vervielfältigt und kann auf Fortbildungsveranstaltungen eingesetzt werden.

Fachtagung

Damit die Ergebnisse des Projektes sowie die Materialien der niedersächsischen Fachöffentlichkeit präsentiert werden konnten, wurde im Oktober 2002 der landesweite Kongress „Chancen – Sprachanalytische Arbeit mit Zuwandererkindern im Elementar- und Primarbereich“ im Osnabrücker Rathaus mit 180! Teilnehmern durchgeführt. Die Anwesenheit der politischen Prominenz, u.a. Ministerin Dr. Gitta Trauernicht, zog ein großes Medieninteresse an, sodass das Thema eine große Beachtung erfuhr. Die Ausländerbeauftragte hatte die Tagung finanziell unterstützt. Eine Tagungsdokumentation wurde in der Reihe „Sachlich: Sprache lernen im Kindergarten“ im Januar 2003 von ihr herausgegeben.

Maßnahmen

Während der Osnabrücker Modellphase wurden im Sozial- und Kultusministerium in Hannover Pläne entwickelt, die sprachliche Bildung der Migrantenkinder explizit in Elementar- und Primareinrichtungen zu etablieren. So sollten sowohl die Kitas als auch die Grundschulen erhebliche finanzielle Mittel erhalten, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können. Dass Erzieherinnen mit dem nötigen Fachwissen ausgestattet werden müssen, dieses aber nicht in entsprechendem Umfang in der Ausbildung vermittelt wird, wurde dabei erkannt und berücksichtigt. Die Konzipierung einer großen Fortbildungsoffensive für Fachberaterinnen aus ganz Niedersachsen wurde in Auftrag gegeben. Der VPAK entwickelte ein Fortbildungspro-

gramm für neun Tage, das alle wichtigen Aspekte der „Sprachförderung von Migrantenkinder“ beinhaltet. An dieser Fortbildung konnten 2003 in Osnabrück insgesamt 54 Personen teilnehmen, die jetzt über ein umfassendes Wissen und eine gut sortierte Materialsammlung verfügen.

Seit August 2003 stellt das Niedersächsische Kultusministerium Mittel für zusätzliche Erzieherinnen zur Verfügung. So bekommt die Vermittlung der deutschen Sprache in Kindertagesstätten mit hohem Migrantenanteil den Stellenwert, den sie braucht. Zu-

dem werden weiterhin Gelder zur Qualifizierung der Kitamitarbeiterinnen bereitgehalten.

In 20 Pilotgrundschulen wurden gleichzeitig ebenfalls neue Erfahrungen mit der Thematik gesammelt und ausgewertet, sodass seit Februar 2004 flächendeckend das Programm „Fit in Deutsch“ eingeführt werden kann.

*Gabriele Grosser
FB Schule/RAZ, Stadt Osnabrück*

Foto: dü



Materialien:

Das Projekt in Osnabrück hat viele Anregungen gegeben und kann nun Hilfestellung leisten. Als Ergebnisse des Projektes liegen vor:

- Eine kommentierte Bibliographie über Fachliteratur für die Spracharbeit in Kindertagesstätten,
- Videofilm: Osnabrücker Sprachförderprojekt, 7.50 EUR zuzügl. Versandkosten,
- Osnabrücker Materialien erschienen beim Beltz Verlag unter dem Titel: Sprachförderung im Kindergarten – Julie, Elena und Fatih entdecken gemeinsam die deutsche Sprache. Doris Tophinke, ISBN 3-407-56230-6, 29,29 EUR.

Ansprechpartner:

Stadt Osnabrück, FB Schule/RAZ, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, Gabriele Grosser, Iburger Straße 18, 49082 Osnabrück, Tel. 05 41 - 8 00 78 33, Fax 8 00 78 38, mailto:grosser@osnabrueck.de

*oder:
Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien, VPAK e. V. Iburger Straße 18, 49082 Osnabrück, Tel. 05 41 / 8 00 99 94, vpak@osnet.de*



Arbeitshilfen

Die Welt trifft sich im Kindergarten... und spricht viele Sprachen

**Dokumentation der Fachtagung zu bilingualer und mehrsprachiger Erziehung im Kindergarten
ISBN 3-937170-02-2, München 2003**

Der Reader gibt die Beiträge, die Diskussionen sowie die große Plenumdiskussion der Veranstaltung wieder. Wie gelingt der Spagat zwischen dem Aufbau solider Deutschkenntnisse und der Förderung der Muttersprachen? Welche Chancen hat eine bilinguale Erziehung, wenn Kinder mit 18 verschiedenen Herkunftssprachen in der Gruppe sind? Auf diese und ähnliche Fragen gibt diese Dokumentation Anregungen und Antworten.

Landeshauptstadt München, Direktorium, Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit, Franziskanerstr. 6 und 8
81669 München
Tel.: 089 / 2 33-4 05 42
Fax: 089 / 2 33-4 05 43
yasemin.uzunok@muenchen.de

Kinder-Trainings

**Spiele, Übungen und Impulse zur Thematisierung von Gewalt und Rassismus in der Arbeit mit Kindern
Schwerte 2003**

Zwei Praktikerinnen aus der Arbeit mit Kindern haben Methodenrepertoires und eine umfangreiche Spielepraxis für den Kindergarten, die Kinder- und Jugendarbeit, das Elternhaus und die Grundschule zusammengetragen.

Gewalt Akademie Villigst
im Amt für Jugendarbeit der EKvW
58239 Schwerte
Tel.: 023 04 / 7 55-1 88
Fax: 023 04 / 7 55-2 48
r.stender@aej-haus-villigst.de
www.gewaltakademie.de

Veröffentlichungen

Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit

Projekterfahrungen und theoretische Beiträge

ISBN 3-86099-317-8, Frankfurt a.M. 2003

In diesem Band diskutieren PraktikerInnen aus den neuen Bundesländern mit namhaften WissenschaftlerInnen über die Angemessenheit der interkulturellen und antirassistischen Bildungskonzepte im Hinblick auf Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Der Band verbindet zwei Diskurse, die bislang nebeneinander herliefen: Zum ersten Mal wird die Debatte über interkulturelle und antirassistische Pädagogik verknüpft. In den Beiträgen zeichnen sich Linien einer produktiven Annäherung und Zusammenführung beider Perspektiven ab.

Brandes & Apsel Verlag
Scheidswaldstr. 33
60385 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 / 95 73 01 86
Fax: 069 / 95 73 01 87
Brandes-apsel@t-online.de
www.brandes-apsel-verlag.de

Die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration hat folgende Schriften veröffentlicht:

Migration und kulturelle Differenz

Die Arbeit von Prof. Werner Schiffauer befasst sich mit den Themen Wertewandel und der Zuschreibung kultureller Identitäten. Er gibt Beispiele und erläutert Muster, wie selbst gewählte oder zugewiesene Identitäten ein Eigenleben entwickeln, zu Konflikten führen. Etwa der Begriff der „Ehre“ der oft und gern als Bewertungskriterium hervorgeholt wird, wenn es um Straftaten von Menschen türkischer oder arabischer Herkunft geht, auch wenn die Täter sozialisiert worden sind.

Das kurdische Berlin

Autorinnen und Autoren geben darin einen Überblick über das breite Spektrum kurdischen Lebens in Berlin. Das Heft informiert über die Vielzahl kurdischen Lebens und stellt Einrichtungen, Vereine und Persönlichkeiten dar.

Bezug: Beauftragte des Senats für Integration und Migration
Potsdamer Str. 65
10785 Berlin
Tel.: 030 / 90 17-23 57 oder 90 17-23 81
Fax: 030 / 2 62 54 07
auslaenderbeauftragte@auslb.vewalt-berlin.de

Die Bertelsmann-Stiftung hat folgende Schriften veröffentlicht:

**Ohne Angst verschieden sein
Ein Praxishandbuch für die interkulturelle Arbeit**

ISBN 3-89204-694-8, 2002

Die Begegnung mit anderen Kulturen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen wird häufig als Bedrohung empfunden. Das Handbuch ist das Begleitheft zum gleichnamigen pädagogischen Programm, das im Rahmen des Modellprojekts „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ vom Zentrum für angewandte Politikforschung der Universität München in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung entwickelt wurde.

Tolerance Matters

ISBN 3-89204-646-8, 2003

Vor dem Hintergrund geografischer, historischer, sozialer und kultureller Unterschiede wird das Erlernen von Demokratie, Menschenrechten und Toleranz weltweit sehr unterschiedlich eingesetzt. Die Broschüre dokumentiert den aktuellen Stand der Demokratie- und Toleranzförderung in Brasilien, Chile, Deutschland, Israel, den Niederlanden, in Nordirland, auf den Philippinen, in Polen, Südafrika und den USA.

Auf Worte folgen Taten

ISBN 3-89204-640-9, 2003

Der Band einschl. CD dokumentieren die Projekte von Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Unternehmen, Religionsgemeinschaften, Schulen und Gruppen, die an dem Wettbewerb teilgenommen haben. Die vorgestellten Ideen, Strategien und Wege zu einem gelungenen Miteinander zwischen Einheimischen und Zuwanderern regen zur Nachahmung an.

Bezug: Bertelsmann Stiftung
Postfach 103, 33311 Gütersloh
Tel.: 052 41/81-0, Fax: 052 41/81-8 19 99
info@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Studien

Religionen der Welt

Gemeinden und Aktivitäten in der Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt a.M. 2003

Im Dialog mit den 132 religiösen Zuwanderergemeinden entstanden lebendige Portraits der Gemeinden, ihres religiösen Lebens, ihrer sozialen und kulturellen Angebote, ihrer Probleme und Perspektiven. Ergänzt werden die Darstellungen durch Hintergrundinformationen zu den verschiedenen Religionen. Das Handbuch ist gedacht zur Information und als Arbeitsgrundlage u.a. für die interkulturelle/interreligiöse Arbeit, Bildungsarbeit, Wirtschaftseinrichtungen und kirchliche Stellen.

Fachhochschulverlag
Kleiststr. 31, 60318 Frankfurt
Tel.: 069 / 15 33-28 20
Fax: 069 / 15 33-28 40
bestellung@fhverlag.de
www.fhve.lag.de

Wie die anderen altern

Zur Lebenssituation alter Menschen am Rande der Gesellschaft
ISBN 3-935964-09-9, Frankfurt a.M. 2003
Menschen altern, wie sie leben, und Menschen in Randgruppen altern un-

gleich der Norm. Die einzelnen Kapitel beschreiben Menschen – Einzelne oder Gruppen-, die zu so unterschiedlichen sozialen Gruppen wie Homosexuellen, Obdachlosen, türkischen Gastarbeitern, Diakonissen, Körperbehinderten, Prostituierten oder ehemaligen Zwangsarbeitern gehören.

Mabuse-Verlag GmbH, Kasseler Str. 1a,
60486 Frankfurt a. M.,
Tel.: 069 / 70 79 96 13, Fax: 069 / 70 41 52,
info@mabuse-verlag.de
www.mabuse-verlag.de

Dokumentation

Migranten sind aktiv

Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten
ISBN 3-937619-05-4, Bonn 2003

In der Dokumentation sind die Ergebnisse der Fachtagung über das freiwillige Engagement von Migrantinnen und Migranten zusammengefasst. Die vielfältigen und spezifischen Formen, Orte und Motivationen – die sich im Zuge der Einwanderungsgesellschaft und der Position von Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft von den sozialen Aktivitäten der einheimischen Deutschen unterscheiden – wurden auf der Fachtagung herausgearbeitet.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Rochusstr. 8-10, 53123 Bonn
Telefax: 02 28 / 9 30-49 34

Ratgeber

Was mache ich mit meinen Schulden

Broschüre „Borçlarım ne olacak“ zur Schuldnerberatung liegt auf türkisch vor. Damit die Sprachbarriere kein Hindernis für die Vermeidung von Schulden oder für Hilfen bei Schulden darstellt, hat das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend die Broschüre „Was mache ich mit meinen Schulden?“ in türkischer Sprache heraus-

gegeben. Die Broschüre hilft Betroffenen zunächst, ihre rechtliche und tatsächliche Situation realistisch einzuschätzen, erklärt rechtliche Begriffe und gibt Handlungstipps, wie man unter fachkundiger Beratung durch Schuldnerberatungsstellen eine Schadenbegrenzung und eine erfolgreiche Entschuldung angehen kann.

Telefonhotline: 018 05 / 32 93 29
(0,12 EUR/ pro Anruf)
www.forum-schuldnerberatung.de
broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de
www.bmfsfj.de (Broschüre als PDF-Datei)

„Preis für Zivilcourage“

Unter dem Motto „Hinsehen und nicht wegschauen“ verleihen die Toto-Lotto-Gesellschaft Niedersachsen und das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport zukünftig einmal jährlich, erstmals im Jahr 2004, einen Preis für beispielhaftes couragiertes Handeln. Bürgerinnen und Bürger, die sich selbstlos aber auch besonnen für andere eingesetzt haben, sollen für ihre Zivilcourage eine Auszeichnung erhalten.

Die erste Auszeichnung von drei Preisträgerinnen bzw. Preisträgern, die mit einem Betrag in Höhe von jeweils 5.000 Euro verbunden ist, findet am 30. Juni 2004 statt. Der Vorschlag zur Auszeichnung kann nur durch Dritte erfolgen. Ärzte, Feuerwehrleute, Polizeibeamte oder andere Helfer können nur bedacht werden, wenn deren Einsatz über das berufliche Maß hinausgeht.

Informationen unter
Nds. Ministerium für
Inneres und Sport
Lavesallee 6
30169 Hannover
Fax: 05 11 / 1 20-65 55
www.mi.niedersachsen.de
pressestelle@mi.niedersachsen.de

Integration von Muslimen in Niedersachsen

- Problemfelder und Perspektiven -



Wanderausstellung

des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport

Die Ausstellung beleuchtet das Thema der Integration von Musliminnen und Muslimen in Niedersachsen aus der Sicht der Ausländerbeauftragten, des Sports, des Verfassungsschutzes und der Polizei sowie des Landespräventionsrates.

Neben der Vermittlung von Grundinformationen zum Thema "Islam" und zur Ausländerintegration zeigt die Ausstellung Ansätze für eine erfolgreiche Integration von Muslimen in unsere Gesellschaft. Aufgezeigt werden aber auch Gefahren und Fehlentwicklungen, die zum Entstehen von Parallelgesellschaften führen können.

Gebucht werden kann die Wanderausstellung von niedersächsischen Kommunen sowie anderen interessierten Institutionen bei Ursula Ganselweit im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport unter Tel. 05 11 / 1 20-47 45 oder per E-Mail (Ursula.Ganselweit@mi.niedersachsen.de).

